

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgen und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettelhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Rthl. 15 Sgr. Auswärts 1 Rthl. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumann, N. N. Hoffe; in Leipzig: Eugen Fort, G. Engler; in Hamburg: Haasenstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Danziger Zeitung.

Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Tours, 5. Dec. Die Regierung meldet: In der Nacht vom 3. zum 4. Dec. erklärte General Aurelles de Paladine, daß die Räumung von Orleans nötig sei; er änderte jedoch am 4. Dec. seine Ansicht, weshalb Gambetta nach Orleans fuhr. Der Zug, in welchem sich derselbe befand, wurde von preussischer Kavallerie bei La Chapelle beschossen und mußte anhalten. Gambetta kehrte am 5. Dec. 3 Uhr Morgens nach Tours zurück und fand hier eine Depesche Malliers vor, worin derselbe mittheilte, daß die Franzosen Orleans geräumt hätten, da der Feind gedroht habe die Stadt zu beschleichen. Die Preußen besetzten um Mitternacht Orleans.

Telegraphische Nachrichten.

Brüssel, 5. Dec. Der hier eingetroffene „Constitutionnel“ vom 2. d. enthält die Ernennung des Generals Bourbaki zum Commandanten des 18. Armee-corps der Voirearmee. Derselbe soll sich bereits auf seinen Posten begeben haben. — Ein Dekret der Regierungsdelegation in Tours dehnt das Ausfuhrverbot für Cerealien auch auf Algier aus.

— Der befestigten Stadt Douai im Departement du Nord ist aufgegeben worden, sich auf 40 Tage zu verproviantiren. Gambetta erläßt auf telegraphischem Wege eine Proclamation, in welcher er sagt, daß die Voire-Armee zwar vor der Uebermacht des Feindes sich in ihre alten Stellungen zurückgezogen, daß sie aber ihre Aufgabe erfüllt habe, indem sie durch das Engagement bedeutender Streitkräfte des Feindes dem General Ducrot seine glücklichen Operationen gegen die Belagerer von Paris erleichterte. (V. S. 3.)

Darmstadt, 5. Dec. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer legt Ministerpräsident von Dalwigk den Bundesvertrag vor. Von Seiten des Kriegsministeriums ist eine schriftliche Anforderung von 3,622,000 Gulden behufs Fortführung des Krieges eingebracht.

London, 5. Dec. Die Morgenblätter, welche den Wortlaut der Antwort Granville's auf die Depesche des Fürsten Gortschakoff vom 20. November veröffentlichten, knüpfen daran die Hoffnung, daß eine friedliche und dem Rechte entsprechende Lösung der Pontusfrage erwartet werden dürfte.

6. Sitzung des Nordd. Reichstages am 5. Decbr.

Erste Berathung der Verträge mit Baden, Hessen, mit Württemberg und mit Bayern und des präjudiziellen Antrages der Fortschrittspartei: „Die verbündeten Regierungen aufzufordern, diejenigen Schritte zu thun, welche erforderlich sind, um die deutsche Verfassung einem gemeinsamen Reichstage zur Vereinbarung mit den deutschen Regierungen vorzulegen.“ Präf. Delbrück: Bereits 1867 bei der Verfassungsberatung beherrschte uns alle der Gedanke, daß die damaligen Bundesgrenzen auf die Dauer nicht fortbestehen dürften. Er fand Ausdruck in dem Beschlusse: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Gesetzgebung.“ Die heutigen Vorfälle sollen diesen Gedanken ausführen. Sehr viel rascher, als es selbst die lebhaftesten Anhänger der Einheitsidee zu erwarten wagten, hat ein großes weltgeschichtliches Ereigniß sämtliche deutsche Stämme mit dem Bewußtsein erfüllt, daß die Zeit gekommen sei für die volle staatliche Vereinigung aller Theile Deutschlands, und die süddeutschen Regierungen bestimmen, mit uns zu einem deutschen Bunde zusammenzutreten. Die Initiative kam von Bayern. Seine Regierung gab im September dem Bundespräsidium zu erkennen, daß die politischen Verhältnisse Deutschlands nach ihrer Ueberzeugung es bedingen, mit dem Nordd. Bunde zu einem Verfassungsgebilde überzugehen, und wünschte eine Besprechung über die Vorschläge zur Ausführung ihres Ge-

bankens. Ich selbst sollte mich zu diesem Zwecke nach München begeben. Meine einzige Instruction war die, mich jeder Aeußerung zu enthalten, welche gedeutet werden könnte, als ob das Präsidium gesonnen sei, auf die freien Entschlüsse eines treuen und bewährten Allirten auch nur den entferntesten Druck auszuüben. An den Besprechungen in München nahm die württemb. Regierung Theil. Von Stuttgart aus wurde später der Wunsch ausgesprochen, die in München eingeleiteten Besprechungen in Versailles fortzusetzen und zu ergänzen, namentlich nach der militärischen Seite hin. Gleichzeitig mit dieser Anregung erfolgte der offizielle Antrag Badens auf Eintritt in den Nordd. Bund. Das Präsidium lud darauf sowohl die württembergische, als die badische Regierung nach Versailles, und stellte der bayerischen anheim, entweder ebenfalls in Versailles die Münchner Besprechung fortzusetzen, oder nach Abschluß der eben genannten dieselben in München wieder aufzunehmen. Endlich erklärte auch die hessische Regierung ihren Entschluß, mit dem südlichen Theil ihres Gebiets in den Bund einzutreten, und so traten im October Vertreter sämtlicher südd. Staaten in Versailles zusammen, um über die Gründung eines deutschen Bundes zu verhandeln. Die Verhandlungen mit Württemberg, Baden und Hessen gelangten sehr bald auf Grundlage der Verfassung des Nordd. Bundes zu einer Verständigung: die mit Bayern boten anfangs größere Schwierigkeiten, doch fühlten seine Bevollmächtigten das Bedürfnis, nicht ihrerseits den Abschluß mit den andern Staaten zu verzögern. So kam Mitte November die Verständigung mit den drei andern Staaten zum Abschluß. Ein Zufall verhinderte, daß Württemberg an der bereits in allen Hauptpunkten festgesetzten Verständigung theilnahm. Die später aufgenommenen Verhandlungen mit Bayern führten zum Abschluß des Vertrags vom 23. November. Am 25. November erfolgte alsdann der Abschluß mit Württemberg. — Ich hebe hervor, daß die Verträge, wie sie jetzt historisch hinter einander liegen, nicht dem Gedanken nach hinter einander entstanden sind. Die Frage, ob in die neue Verfassung Bestimmungen aufzunehmen seien, welche die verfassungsmäßige Ausbildung des Bundes betreffen, glaubte man verneinen zu sollen, wollte man sich auf das beschränken, was unmittelbar durch den Beitritt der Staaten geboten sei und den weiteren inneren Verfassungsausbau dem deutschen Reichstage zu überlassen. So beschränkten sich denn die Verträge darauf, in diese Verfassung dasjenige hineinzutragen, was durch die Erweiterung des Bundes unmittelbar geboten war. Die Aenderungen der Bundesverfassung charakterisiren sich in der Hauptsache dahin, daß der föderative Charakter der Bundesverfassung verstärkt ist. Die zugetretenen Staaten gehören sämtlich zu den größeren. Wenn man überhaupt den Anschluß der süddeutschen Staaten wollte, konnte es ohne Anerkennung der berechtigten Seiten dieses Elementes nicht geschehen. Bezüglich der Regelung des Bundeskriegswesens hob bereits 1867 der Redner, dessen berechtete Stimme zu unser Aller Schmerz verstummt ist, der damalige Abgeordnete für Reichenbach, es als einen Vorzug des Verfassungsentwurfs hervor, daß er Modificationen offen lasse, welche den Regierungen die Möglichkeit gewähre, durch Sonderstipulationen über die militärischen Verhältnisse der vollständigen Absorption durch die Central-Gewalt zu entgehen; er hob dies hervor in besonderem Hinblick auf den Anschluß der süddeutschen Staaten. Es kann auf diesem Gebiete der Sonderstellung der Staaten Rechnung getragen werden, ohne die Einheit des Bundesheeres zu gefährden. Die Grundlagen der Bundeskriegsverfassung: die allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung, die Dauer der Wehrpflicht, die Bestimmung der Friedens-Präsenzstärke sind dieselben. Die Anordnung der Mobilmachung liegt allein in der Hand des Bundesfeldherrn. Es ist ferner übereinstimmend die Gelbführung der beitretenden Staaten aufzubringen. Die Abweichungen liegen zunächst darin, daß

die Gesetzgebung über die militärischen Verhältnisse nicht überall sofort eingeführt werden soll. Das Kriegesgesetz wird in Württemberg, Baden und Hessen durch die Verfassung selbst eingeführt und das bayerische Kriegesdienstgesetz stimmt mit dem norddeutschen im Wesentlichen schon jetzt überein. Das Militär-Strafrecht konnte in den süddeutschen Staaten jetzt nicht eingeführt werden, weil ein neues Militär-Strafgesetzbuch vorgelegt werden wird. Eine erhebliche Abweichung findet sich in dem Vertrage mit Bayern darin, daß der Oberbefehl im Frieden nicht dem Bundesfeldherrn, sondern dem Könige von Bayern zusteht. Das Gewicht eines größeren Staats, die Fähigkeit, welche ein größerer Staat in Beziehung auf die tüchtige Erhaltung einer selbstständigen Armee besitzt, haben dahin geführt, diese Abweichungen für zulässig zu erachten, die durch die dem Bundesfeldherrn zustehenden Rechte ihre Begrenzung und ihr Korrektiv finden. Bedenklich erschien auch die Schaffung eines Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten. Bei Vergrößerung des Bundes tritt das Bedürfnis hervor, daß in einem formell geregelten Wege Mittheilungen über den Gang der politischen Lage gemacht werden. Die Instruirung der Gesandten kann diesem Ausschusse nicht zufallen, er wird Kenntniß von der Lage der Dinge nehmen und durch Anträge an den Bundesrath, durch Bemerkungen, die er dem Präsidium macht, auf die Behandlung der Politik einen Einfluß auszuüben suchen. Der Zusatz der Bundesverfassung in Beziehung auf die Kriegserklärung ist unzweifelhaft eine Verstärkung des föderativen Elements. Auch ist es von Interesse, dem Auslande gegenüber in der Bundesverfassung zum Ausdruck zu bringen, daß der Bund ein wesentlich defensives Staatswesen ist. Einige die Finanzen betreffende Aenderungen der Bundesverfassung waren nicht zu vermeiden. Sie betreffen die inneren Steuern von Bier und Branntwein. Die nothwendige Konsequenz dieses Zugeständnisses war, daß in Beziehung auf diese Steuern die südd. Regierungen im Bundesrath nicht mit zu beschließen hätten, ebenso wenig die südd. Abgeordneten im Reichstage. Sodann wurde von Bayern und Württemberg ein entscheidender Werth auf die Beibehaltung der eigenen Verwaltung der Posten und Telegraphen gelegt. Das finanzielle Motiv war nicht das entscheidende. Man wünschte theils liebgewordene Einrichtungen, wünschte Beamtenorganisation zu erhalten. Bayern allein hat sich endlich noch zwei Vorbehalte gemacht, den einen auf die Vorschriften über die Eisenbahnen, welche reglementärer und administrativer Natur sind. Der zweite wiegt schwerer, er schließt von den Gegenständen der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes für Bayern die Bestimmungen über Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse aus. Vor zwei Jahren hat man dort eine neue Gesetzgebung in dieser Materie erlassen; diese sogenannte Social-Gesetzgebung ist eben erst eingeführt, ihre Resultate sind günstig, man trug in Bayern Bedenken, die Ergebnisse dieser eben erst ins Leben getretenen Gesetzgebung in Frage zu stellen. Es war dies ein Bedenken, welches sich unüberwindlich zeigte. Mit Befriedigung gehe ich auf den letzten Artikel des Verfassungsentwurfs über. Durch ihn wird eine Reihe von Gesetzen, mit einer oder zwei Ausnahmen, alle fundamentale und wichtige Gesetze des norddeutschen Bundes in Württemberg, Baden und Süd-Hessen eingeführt. Wenn eine Anzahl von diesen Gesetzen in dem bayerischen Verträge nicht als sofort einzuführen bezeichnet sind, beruht dies darauf, daß man in Bayern eine Vorbereitung durch die Landesgesetzgebung für nötig hielt. Man hat sich hinsichtlich aller dieser Gesetze in Bayern der Bundesgesetzgebung in Beziehung auf den Einführungsstermin unbedingt unterworfen; man hat aber Bedenken getragen, ohne gründliche Erwägung, ob eine legislative Vorbereitung nicht zu entbehren sei, vorher eine große Reihe der Gesetze einzuführen. Aus dem Vertrage mit Bayern selbst ergibt sich,

Stadt-Theater.

Ein erwärmender Zug geht durch alle Bühnengestalten des Hrn. Orgeni, mögen sie dem ersten oder dem heiteren Gebiete angehören. In allen Rollen geht die Künstlerin völlig auf, weil sie ihnen Geist und Gemüth entgegenbringt und jenen hingebenden Enthusiasmus, welcher das Erbtheil einer echten Künstlernatur ist. Kommt dazu eine bedingungslose Herrschaft über alle zur musikalisch-dramatischen Wirkung erforderlichen Mittel, also die entschiedenste Meisterschaft im Gesange und in der Darstellung, so muß sich ein interessantes und sympathisch berührendes Gesamtbild ergeben, selbst in Rollen, die in mancher Beziehung die natürlichen Grenzen einer mehr oder weniger doch immer abgeschlossenen Künstlerindividualität überschreiten. Unmöglich kann ein Künstler in allen Gebieten gleich groß sein und man wird bei einer Sängerin, die den Coloratursang bis zur höchsten Feinheit und Virtuosität ausgebildet hat und darin zu den ersten Capacitäten gehört, kaum ein erschöpfendes Maß von materieller Kraft für Rollen voraussetzen dürfen, welche, wie Meyerbeers Valentine, bis auf den Gipfel leidenschaftlicher Erregung geführt sind. Wenn trotzdem Hrn. Orgeni mit der Rolle eine bedeutende Wirkung erzielte, so spricht dies für ihre geniale Begabung, welche noch andere Factoren heraufzubeschwören vermag, als Stimme und immer nur Stimme. Man macht häufig die Erfahrung, daß Sängerinnen mit dem ersten Duo (mit Marcel) reüssiren, weil sie durch eine in allen Lagen klangvolles und voluminöses Organ unterstützt werden, hingegen in dem Duo mit Raoul, welches die vollständigste geistige Durchdringung verlangt, weit hinter den Wünschen zurückbleiben. Bei Hrn. Orgeni lag der Schwerpunkt in der letzten und schwierigsten Aufgabe. Die hinreißende Poesie dieses großartigen Liebes-Duos in der modernen Opern-Literatur kann dem Hörer nicht überzeugender aufgehen, als durch die Schöpfung des Hrn. Orgeni.

Dem Feuer der Begeisterung, das dem kunstschönen Gesange entzündete, einte sich, den Ausdruck der Leidenschaft ergänzend und verklärend, eine edle Mimik und Plastik, welche wahrhaft ergreifend wirkte. Und doch so genußvoll dieses Duo war, wir möchten die Künstlerin nicht oft in derartigen Aufgaben ihre Kraft hingeben sehen, denn wir können das Gefühl nicht unterdrücken, daß sie eben bis an das äußerste Maß dieser Kraft geht und daß sie dabei der Natur ihrer Stimme einen Zwang anthut, der sich früher oder später rächen könnte. Das Duo rief selbstverständlich einen Sturm von Beifall hervor, an dem Herr Brunner, der den Raoul mit großer Wärme und Hingebung sang, einen reichlichen Antheil hatte. Die übrige Besetzung ist bekannt. Mit besonderer Theilnahme wurde die Königin des Hrn. Manschinger, der Marcel des Herrn Niering und der Revers des Herrn Mühsam aufgenommen. Markull.

Ueber die Ausfallversuche des 30. November, die, wie sich später herausstellte, nur Scheinangriffe gewesen sind, schreibt man der „Ref.-Z.“ aus Versailles, 1. Dec.: Es ist schwierig, heute schon ein volles Bild der fast vor allen Forts engagirten Kämpfe zu geben. Von Morgens bis Abends dauerte gestern die ununterbrochene Kanonade des Feindes. Am heftigsten wüthete das Granatenfeuer in der Gegend der Württemberger (Fort Charenten), des 6. Corps (Fort Jory), der Bayern (Fort Issy, Vanvres und Montmorency), während der Mont Valerien gestern sich ruhiger verhielt. An allen Punkten kam der Feind mit bedeutenden Streitkräften heraus, um den Versuch zum Durchbrechen unserer Linien zu machen. Auf allen Linien konnte der Feind trotz der colossalen Verschwendung seiner Munition, trotz dem unaufhörlichen Kleingewehr- und Granatenfeuer, welches die Franzosen, begünstigt durch ihre Positionen in den Forts, zwölf Stunden

unterhielten, unsere Reihen nicht durchbrechen. Mittags 1 Uhr unternahm der Feind einen Ausfall gegen die Garde, das 4. Corps und die Sachsen (Fort St. Denis). Gegen Mittag wurde mit solcher Behemung geschossen, daß man in Versailles durch die colossalen Donnerschläge fast betäubt wurde. Das Endresultat um 6 Uhr Abends war, daß der Feind keinen Schritt weiter vorgebrungen, in seiner Position verharrete und unter einigen abgegebenen Schüssen in den Forts Schutz suchte. Das so lange angesagte Bombardement auf Paris soll beiläufig schon partiell gestern seinen Anfang genommen haben. Am gestrigen Morgen sah ich zwei Riesenwörter durch die Straßen von Versailles fahren; dieselben waren jeder mit 8 französischen Pferden bespannt und hatten bayerische Artillerie zur Begleitung. Wie verlautet, hat bayerische Artillerie vor Fort Issy das Feuer des Feindes erwidert. Man erzählt sogar, daß es den Bayern gelungen sei, einige der Häuser einer Vorstadt von Paris in Brand zu ziehen. Seit Sonntag Abend leben wir in steter Aufregung; indessen sind die zwei Monate, die uns die Franzosen zu unserer Bertheiligung gegönnt haben, nicht verloren gewesen. Was unsere Truppen unter Entbehrungen in diesen 8 Wochen geleistet haben, ist kaum zu beschreiben; man muß die colossalen Verschanzungen und Barrikaden an allen Stellen gesehen haben, um überzeugt zu sein, daß die Franzosen sich vergebliche Mühe machen, wenn sie durchzubrechen versuchen wollten. Mit Sicherheit ist die Voirearmee gegen Ende November vor Paris erwartet worden und das gewaltige Schießen hätte das Signalfieber für die Hilfsarmee sein sollen. Nach Ausfagen der Gefangenen in der Commandantur, sei Paris bis zum 15. Januar verproviantirt, Pferde- und gefalzenes Fleisch soll in ausreichenden Quantitäten noch vorhanden sein. Es scheint mir indes, daß der mit so großem Nachdruck in Scene gesetzte Ausfall ein letzter Versuch gewesen ist.

das diese Einführung nicht in Frage steht hinsichtlich des Wahlgesetzes für den Bund. Die vorliegenden Verträge sind erwachsen auf dem Boden der Thatfachen, sie sind zu Stande gekommen, indem man sich die realen Verhältnisse vergegenwärtigte. Ich bitte, daß auch Sie sich auf diesen Standpunkt stellen und sich vergegenwärtigen, daß es Deutschland schon mehr als einmal nicht zum Segen gereicht hat, das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern. — Abg. Schulze (für den präjudiziellen Antrag): Ich war gegen die Mandatsverlängerung, habe zwar, um gegen den äußeren Feind die nöthigen Mittel zu bewilligen, alle Bedenken schwinden lassen; doch jetzt soll der Bau einer neuen Verfassung beschloffen werden. Da ist es wohl geboten, das Volkswortum einzuholen in der Form eines legalen Reichstages. Wenn unserem Antrage nicht Folge gegeben wird, wollen wir aber dennoch weiter mit Ihnen fortarbeiten. Nach den Worten des Präf. Delbrück können wir zu dem Vertrage nur Ja oder Nein sagen. Da aber diese Verträge nicht nur Anschläge, sondern eine neue Verfassung bedingen, so wäre es unserer durchaus unwürdig, sich in eine Position drängen zu lassen, wo man zugiebt, es sei zwar vieles schlecht in den Vorlagen, aber wir können es nicht ändern. Und wir haben gar nicht nöthig, einem voreiligen, ganz unvollkommenen Produkt unsere Zustimmung zu geben. Die Fürsten haben nur unter einander zur Wahrnehmung dynastischer Interessen verhandelt (hört), jetzt ist es am Volk, das Seinige zu thun, um sein Interesse zu wahren. Das aber ist in der Geschichte aller civilisirten Völker unerhört, einem gebildeten Volke eine fertige Verfassung vorzulegen mit der alleinigen Aufforderung Ja oder Nein zu sagen. Den inneren Ausbau sollten wir später vornehmen. Dies aber ist das größte Armuthszeugniß, daß man uns auf einem späteren Moment vertritt, wenn die Flamme der nationalen Begeisterung gelöscht sein wird. Das ganze Nachwerk zeigt uns die homöopathische Behandlung des Partikularismus. Präf. Delbrück findet die Schonung der partikularistischen Selbstständigkeit natürlich, und sie ist es auch, wenn das Volk nicht nur hintangeseht, sondern fast gar nicht befragt wird. (Sehr wahr.) Das Veto des Partikularismus hindert uns an jedem Fortschritt. Der Informationsauschuß ist höchst überflüssig, ist die organisierte Anarchie in den auswärtigen Angelegenheiten. Es ist zwar zuzugeben, daß wir im Ganzen etwas gewonnen haben, denn besser ist doch dieses organische Ganze, als das Deutschland der Conventionen. Aber die Schwäche dieser Verfassung tritt klar hervor, wenn das wichtigste Recht in Militärangelegenheiten, die Mobilisirung, fortan nur mit Zustimmung von Bayern möglich ist. Ebenso sehen wir keine gemeinsamen Finanzen. Die ganze Vorlage ist dahin zu charakterisiren: die Verträge alteriren die frühere Einheit nach außen, schädigen jede Entwicklung des nationalen Gesamtbewußtseins und gefährden die Entwicklung und Besserung der inneren Zustände. Den Verträgen mit Baden, Württemberg und Südbayern kann man zustimmen, aber durchaus muß man gegen die Sonderstellung Bayerns protestiren. Bietet denn nur Bayern uns etwas, bieten wir ihm nichts? Wenn Bayern seine Sonderstellung bewahrt, so darf ihm auch nicht gestattet sein, in unseren inneren Angelegenheiten mitzusprechen, dann mögen auch alle Konsequenzen seiner Stellung gezogen werden. (Hört, Hört!) Wenn Sie den Verträgen zustimmen, so schließen Sie die innere Entwicklung unseres Vaterlandes für lange Zeit ab. (Sehr wahr!) Und sollen denn alle Kämpfe und Siege das Volk nie zu einem Resultat führen und nur dynastischen Interessen dienen? Ein solcher Abschluß führt nur zu Katastrophen, entspricht in keiner Weise unserer nationalen Gesinnung und ist kein Abbild unseres nationalen Geistes. (Bravo.) Bundescommissar Pape: Ebenso unbedeutend, wie Zweifel an der Competenz dieses Hauses, sind die Bedenken gegen die Verlängerung der Legislaturperiode. Das Bundesgesetz vom 21. Juli d. J., ein integrierender Theil der Bundesverfassung, verlängert alle Competenzen dieses Reichstags; nur in diesem Falle eine Beschränkung anzunehmen, hieße gegen alle Regeln der Interpellation verstoßen und Deutschland von Neuem einer ungewissen Zukunft preisgeben. Abg. Friedenthal: Dem Heere hatte sich das ganze deutsche Volk angeschlossen, in dem natürlichen Gefühl, daß dieser Kriegszug ein Kriegszug für die Bildung des deutschen Staates ist. Aus diesem Gefühl heraus beurtheilen sich die Dinge anders, als hier von dieser Stelle. Als die Entwicklung der deutschen Dinge in Frankreich begann, erschien es vor Allem nothwendig, daß vor Abschluß des Krieges eine neue Basis gewonnen werden müsse. Die entscheidende Vorfrage war also, ob gegenwärtig die deutschen Dinge auf dem Wege des Constituirens oder Contrahirens weitergebracht werden sollen. Hr. Schulze hat mit großer Wärme für den Weg des Constituirens plaidirt. Das Postulat der Fortschrittspartei, alle bisher gewonnenen Bundesrechte fallen zu lassen und Deutschland auf neuen Grundlagen zu constituiren, hat keinen Anhang bei dem deutschen Volke gefunden. Das deutsche Volk hat sich entschieden dafür ausgesprochen, daß die Entwicklung der deutschen Dinge sich anschließen soll an den norddeutschen Bundesstaat. Soll nur der Druck einer Volksvertretung den Partikularismus zu beugen im Stande sein, so mußte man die deutschen Regierungen und Fürsten gegen ihren Willen durch eine solche constituirende Versammlung zwingen, ihren Widerstand gegen gewisse Zugeständnisse an die Staatseinheit aufzugeben. Ein derartiges Brechen jenes Widerstandes halte ich für etwas sehr Verwerfliches und schreibe das Scheitern vielfacher unitarischer Bewegungen dem Umstande zu, daß man mit diesem berechtigten Element nicht hat abrechnen wollen. Der Partikularismus hat gerade daraus seine Kraft hergeleitet, daß er sich als dynastische Anhänglichkeit an einzelne Dynastien constatiert hat. Ich habe die volle Ueberzeugung, daß dasjenige an Zugeständnissen für die Staatseinheit erreicht ist, was eben erreicht werden konnte und daß diejenigen, welche diese Verträge abgeschlossen, gemeint haben, im Sinne der Staatseinheit zu wirken. Diese Verträge wären nur dann zu verwerfen, wenn sie den deutschen Bundesstaat erschütterten. Diese Meinung theile ich nicht. Es handelt sich um zwei große Grundlagen, eine gesammte deutsche Volksvertretung und ein deutsches Oberhaupt. Das größte Gewicht lege ich auf den zweiten Punkt, daß Deutschland wieder ein Oberhaupt erhält aus einer Dynastie, die gezeigt hat, daß sie ihre Stellung nicht wie die Habsburger nur im eigenen Interesse ausbeutet, die sich dem Gemeinwesen zu Diensten zu stellen und ihre Macht nur für dasselbe ins Feld zu führen weiß. Die Errichtung einer deutschen Volksvertretung und eines deutschen Oberhauptes ist ein Gewinn, der in uns keinen Zweifel über die Annahme oder Verwerfung der Verträge walten lassen kann. Ich habe die Frage gehört, ob denn uns auch ein Oberhaupt überhaupt weitergegeben werden soll. Ich glaube nicht indiscret zu sein, wenn ich an den Herrn Präsidenten des Bundeskanzleramtes die Frage richte, ob nicht im gegenwärtigen Augenblicke Thatfachen

vorliegen, die uns in dieser Sache Gewißheit verschaffen können. Präf. Delbrück: Auf die Frage erwidere ich: Prinz Luitpold von Bayern hat vorgeschrien dem Könige von Preußen ein Schreiben des Königs von Bayern übergeben, dessen Text folgendermaßen lautet: „Nach dem Beitritt Südbayerns zu dem deutschen Verfassungsbande werden die Eurer Majestät übertragene Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Ueberzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Eurer Majestät im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewandt, gemeinschaftlich mit mir bei Eurer Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde. Sobald Mir E. Maj. und die verkündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, würde ich Meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten.“ Die in Versailles anwesenden deutschen Souveräne haben den Königen von Preußen und von Bayern ihre Zustimmung zu diesem Vorschlage ausgesprochen. Die Erklärungen der übrigen Souveräne und der freien Städte sind zu erwarten. Nachdem die freundliche Bewegung, welche durch diese mit lautem Beifall aufgenommene Mittheilung hervorgerufen ist, sich beruhigt hat, erhält das Wort Abg. Windthorst (Wepfen). Die Eröffnung begrüßt id von Herzen. (Bravo.) Wir stehen indeß noch am Anfang des großen und schwierigen Werks, und so kann sich ein ernster Mann der Verpflichtung nicht entziehen, die Bedenken, welche er vor der eben gehörten Erklärung äußern wollte, auch jetzt nicht zu verschweigen. Es ist nicht leicht, sich in diesem eigenthümlichen und verwinkelten Terrassenbau zurecht zu finden. Es fehlt unter den Verträgen die Militärconvention mit Baden, ferner die Zustimmung Südbayerns, Württembergs und Badens zu dem Vertrage mit Bayern, desgleichen die von Südbayern, Bayern und Baden zu dem württembergischen Vertrage. Es ist mir ferner zweifelhaft, ob wir uns im Rechte befinden, wenn wir zu den Verträgen mit Südbayern und Baden Amendements stellen. Anders steht es mit dem Vertrage mit Bayern. Bei ihm heißt es: Nimm an oder lehne ab! (Widerspruch.) Jede Aenderung würde ihn aufheben. Es wären die gewonnenen Resultate in einer einzigen klaren und zusammenhängenden Relation zusammenzustellen; sonst möchte der Terrassenbau zum Fuchsbau werden (große Heiterkeit). Art. 79 der Bundesverfassung sagt, daß der Eintritt der südd. Staaten in den Bund auf dem Wege der Bundesgesetzgebung erfolgt, aber die südd. Staaten vereinbaren mit dem Bunde ja eine neue Verfassung. (Sehr richtig.) Auch Artikel 78 giebt nicht die Befugniß die Verfassung so zu ändern. Bei der Verathung der nordd. Bundesverfassung erklärten Heffter im Herren- und Zweiten im Abgeordnetenhause ganz ausdrücklich, daß im Falle einer Ausdehnung der Bundescompetenz auf Kosten der Machtbefugnisse des preuß. Landtags jedenfalls die Zustimmung der beiden Häuser eingeholt werden müsse. Wir müssen die preuß. Landesvertretung hören, das Abgeordneten- und auch das Herrenhaus (Widerspruch), gerade auf die Ansicht dieser Körperschaft wäre ich recht begierig (Heiterkeit). Angenommen aber, der Nordd. Reichstag wäre competent, sind wir es denn? Wir sind gewiß eine hochansehnliche Versammlung (Heiterkeit), aber der Nordd. Reichstag sind wir nicht. Wir haben absolut keinen Rechtstitel, hier zu tagen und Zweckmäßigkeitsgründe klammern mich nicht. Wenn Sie mich nun fragen, meine Herren, weshalb ich, trotzdem ich dieser Versammlung den Rechtsboden abstreife, dennoch hier mitmache, so sage ich Ihnen, daß ich diese Versammlung als eine thatsächliche betrachte (Heiterkeit); und heutzutage ist man ja täglich gewöhnt, sich auf neue Thatfachen zu stellen (große Heiterkeit): im politischen Leben ist das rechtshaberische Zuhausebleiben nicht am Plage: wenn es denn einmal über Stolz und Bloß gehen soll, so gehe ich mit durch Dick und Dünn. Ob die neuen Verträge mit dem Bestimmung des Prager Friedens in Einklang stehen, will ich nicht untersuchen: ich vertraue darauf, daß der Bundeskanzler die Zustimmung der kais. österreichischen Regierung eingeholt hat (Hol! und Gelächter.) An den Verträgen selbst ist mir das Datum Versailles fatal; Versailles ist ein recht ungemüthlicher Geburtsort. Es ist die Stadt des absoluten Militarismus (sehr gut!) und auf den werden Menschen übt der Ort, wo er geboren, einen großen Einfluß aus. Versailles ist ferner der Platz der geschornen Heden (stürm. Heiterk.), des unnatürlichen Zwanges gegen natürliche Entwicklung. Die Verträge werden zur Mediatisirung aller deutschen Staaten und Preußens führen, und das macht mich höchst bedenklich. Die Basis eines allgemeinen, directen Stimmrechts ist kein Fundament eines starken Königthums; sie erschüttern ferner die Verfassung des Herrenhauses. Eine Masse preussischer Institutionen werden durch neue Schöpfungen verdrängt. Wie die Dinge sich einmal gestalten haben, halte ich auch eine Einigung der deutschen Stämme für nothwendig und heilvoll, aber auf anderer Basis. Eine solche Ungleichheit zwischen den Rechten und Pflichten der einzelnen Staaten bringt die verderblichste Eifersucht hervor. Ich vermisse eine kollegiale Ordnung, eine überall fassbare Regierung; dies Großvezierat kann unmöglich Bestand haben. Ich vermisse eine richtige Composition des Reichstags, ein Zweikammersystem ist absolut nothwendig. Wenn wir es nicht bekommen, so hebt der Kampf an zwischen der Centralgewalt und der gesetzgebenden Versammlung und das Resultat ist: der absolute Staat oder die Republik! (Bewegung.) Für das Volkshaus fordere ich Diäten. Endlich verlange ich ein Bundesgericht, zum Schutz des verfassungsmäßigen Rechtes. So wie sie da ist, dieses Conglomerat von Verträgen, Protokollen, Erklärungen halte ich hier für etwas absolut Unverdauliches. Ich danke Ihnen für die Ruhe, mit welcher Sie mich angehört haben. (Bravo!) Abg. Pascher: Vorredner hat eine Methode befolgt, die dem neuen Werke die ärgsten Schwierigkeiten bereitet, auch im ganzen Bunde, in den Südstaaten, ja sogar in Oesterreich! (Bravo.) Jeder Seite des Hauses hat er Schmeichelestes zu sagen versucht; einmal trat er ein für die conservativen Ideen, dann wieder sprach er liberal; im Vordergrunde betonte er den unbefangenen Rechtsstandpunkt, im Nachhinein war er Zweckmäßigkeitsgründen zugänglich. Aus der Epreu seiner Rede will ich die sachlichen Einwände herausheben. Sein Haupteinwand war die Incompetenz des Reichstags. Aber das ganze große deutsche Volk hat gewollt, daß dieser Krieg nicht enden solle, ohne endlich der deutschen Herrlichkeit ein Ende gemacht zu haben. Aber nur Schuld des bayerischen

Vertrages ist es, daß wir läßt und ohne Enthusiasmus an unsere Arbeit gehen. Ich war aufs heftigste erschrocken, nach glaube, daß es Manchem von Ihnen, wie mir, eine schlaflose Nacht gekostet haben wird. Und wenn Bayern wenigstens für eine große Idee gekämpft hätte! Aber die Minister haben nur für ihre Departements gesorgt; sie sind bei den Verhandlungen von einem wahrhaft grenzenlosen und unbegreiflichen Mißtrauen geleitet gewesen. Die Vorzüge der Gemeinsamkeit in vielen Punkten machen nicht blind für die vielen Mängel. Allerdings sind die Fürsten, was Abg. Windthorst beklagt, mediatisirt, darin aber liegt gerade der größte Fortschritt, ihre Souveränität geht eben auf in der Gesamtheit. Bezüglich der Ausdehnung der Bundescompetenz auf Preß- und Vereinswesen aber bin ich unbefragt. Wir werden nun hoffentlich nicht so viele schädigende und kleinliche Maßregeln bedauern müssen. Wichtig wäre der Einwand des Abg. Windthorst, daß der jetzige Reichstag nicht zu Recht bestünde, den Beweis dafür aber ist er schuldig geblieben. Ich habe das Vertrauen, daß die Entwicklung des deutschen Bundes von dem Gesamtgeiste abhängen wird. Bedenklich jedoch scheint mir der Punkt, daß die Reservatrechte nur mit Zustimmung der jetzt beitretenen Staaten aufgehoben werden können. Die Auslegung des Wortes „Recht“ kann hier leicht streitig sein. Abg. Schulze meint, daß zum Abschluß der Verträge durchaus ein neuer Reichstag gewählt werden müsse. Dagegen bin ich aber, daß aus formalen Gründen das Einigungswerk der Gefahr des Scheiterns ausgesetzt werde; wegen der Einzelheiten dieser Schöpfung an die Nation zu appelliren, scheint mir unnöthig. Sehnächtig wünsche ich, daß mit Abschluß dieses Krieges unsere Nation zur Ruhe komme und empfinde, daß sie von jetzt ab eine wirkliche politische Existenz hat, und ich hege die feste Hoffnung, daß dies nationale Werk der Einigung jetzt vollendet werde. (Bravo.) — Abg. Adermann: Bei der Vorlage ist es anzuerkennen, daß Preußen für seine vortreffliche Führerschaft und Militärorganisation das Präsidium behält, im Uebrigen aber nur Concessionen macht. (Hört!) Bei Württemberg ist eine prinzipielle Sonderstellung, besonders im Post- und Telegraphenwesen zu beklagen. Der Grund hierfür wird in Sachsen schwerlich einleuchtend sein, da dieses Land im Interesse der Einheit seine Selbstständigkeit auch hierin opfern mußte. Noch schlimmer ist der Vertrag bezüglich Bayerns, wo dem Partikularismus die exorbitantesten Zugeständnisse gemacht worden. Ich kann nur sagen, daß Bayern, welches ein Uebermaß begehrt, auch sich selbst am meisten dadurch schädigt. Bei solchen Abschlüssen vermag ich nicht zu erkennen, daß jetzt etwa die Mainakberückung vollzogen wäre. Inwiefern die Mensch allein am schönsten ist im Kampfe gegen das Schicksal, so eine Nation, wenn sie im Kampfe ist für ihre Ehre und gegen den äußeren Feind. Lassen Sie uns darum jetzt das Werk vollenden, welches hervorgegangen ist aus der Tapferkeit der Soldaten im Verein mit der Thätigkeit des Bürgers. — Das Haus vertagt sich bis Dienstag.

* Berlin, 5. Dec. Dem Bundesrath ist ein Exposé nebst Actenstücken über die Pontusfrage mitgetheilt zur Aeußerung über das deutsche Interesse zur Sache. Eine ähnliche Vorlage soll dem Reichstage zugehen. — Frh. v. Hoyerbedt, der für die Nachwahl in Köln abgelehnt hat, soll nicht abgeneigt sein, im 2. Berliner Wahlbezirk (gegen Joh. Jacoby) zu candidiren. — Mit der Einrichtung der Kaiserlichen Sanitätszüge wird von Seiten des Kriegsministeriums eifrig fortgefahren. Drei solcher Züge sind bereits abgegangen, und zwar jeder unter Führung eines Arztes von Ruf, Sie haben alle ihren Weg nach Epernay genommen. — Aus dem Norden Frankreichs wird die Befegung von Abbeville, einer bedeutenden Handelsstadt nahe am Ausfluß der Somme in den Canal la Manche gemeldet. Die französische Nord-Armee unter General Farre, der interimistisch bis zum Eintreffen des noch am Senegal befindlichen Commandanten der Nord-Armee, General Faidherbe, den Befehl führt, soll bei Arras den Versuch machen, sich von Neuem zu sammeln und zu ordnen, deutscherseits scheint aber auf jene Leute zunächst keine besondere Rücksicht genommen zu werden, da von einem weiteren Vormarsch auf Arras noch nichts verlautet, im Gegentheil eine wichtige Eisenbahnbrücke an der von Amiens nach Arras führenden Bahn von den Deutschen in die Luft gesprengt worden ist.

— Die Regierung ist entschlossen, den Landtag wo möglich am 12. Dec. zu berufen und den Etat wenigstens vorzulegen, vielleicht auch noch zur Annahme zu bringen. Inwiefern denkt man nicht daran, damit den Landtag auch noch im December zu entlassen. Man will ihm im Gegentheil die Ausführungsgesetze über den Unterstützungs-Wohnsitz vorlegen und es dürfte darüber wenigstens der Monat Januar hingehen, vielleicht auch noch ein Theil des Februar erforderlich sein. Es verlautet, daß die Regierung auch die im vorigen Jahre gerügte Etatsüberschreitung v. d. Gehalts anzugleichen möchte und deshalb eine Indemnitäts-Forderung an den Landtag richten wird.

Breslau, 2. Dec. Dr. Weber, der bisherige Religionslehrer am hiesigen katholischen Gymnasium, welcher von dem Fürstbischof Dr. Förster ab ordine suspendirt worden ist, bleibt, — wie der „N. Fr. Bzg.“ von hier geschrieben wird, durch Beschluß des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten in seiner Stelle erhalten und ist ihm der Unterricht im Hebräischen und andern Fächern überwiesen worden. Es lag nach den bestehenden Rechtsverhältnissen zwischen der Regierung und dem bischöflichen Stuhl — versichert die „Echl. Bzg.“ — nicht (?) in der Macht des Cultusministers, Dr. Weber zur Fortsetzung des Religionsunterrichts zu autorisiren.

Stuttgart, 5. Dec. Ein Telegramm des „Staatsanzeiger für Württemberg“ vom 4. d. meldet, daß der bayerische Minister Luz in Berlin eingetroffen sei, um gemeinschaftlich mit den Bevollmächtigten des Nordb. Bundes den Beitritt Württembergs, Badens und Hessens zum Vertrage mit Bayern zu vermitteln. Die Conferenz hierüber wird Sonntag stattfinden.

Musland. Petersburg, 5. Dec. Das heutige „Amtsblatt“ enthält in seiner Beilage die Erklärung, es liege keine Nothwendigkeit vor, die Subscription für die Errichtung einer Flotte im schwarzen Meere zu autorisiren, da Ausgaben für die Vertheidigung der Küsten aus dem Staatsbudget bestritten werden müßten. (W. T.)

Italien. Florenz, 2. Dec. In Neapel hat eine Pöbel demonstration vor dem Hause des früheren Syndikus Capicelli stattgefunden. Ritter Paladini ist tödtlich verwundet. Der Municipalthat ist durch die Regierung aufgelöst.

— 4. Dec. Der Herzog von Aosta hielt bei der Entgegennahme der spanischen Krone an die Deputation der Cortes folgende Ansprache: Treu den Ueberlieferungen

Eisenbahn-Actien.

Dividenda pro 1869.

Actien-Nachricht	Stück	Preis	et b ₂ u
Amsterdam-Rotterd.	7 1/2	4	101 1/2 b ₂
Bergisch-Märk. A.	7 1/2	4	118 1/2 b ₂
Berlin-Anhalt	13 1/2	4	194 B
Berlin-Hamburg	10 1/2	4	151 1/2 B
Berlin-Potsd.-Magdeb.	18	4	217 1/2 b ₂
Berlin-Stettin	9 1/2	4	132 1/2 b ₂
Böhm. Westbahn	7 1/2	5	99 1/2 b ₂
Bresl. Schweb.-Freib.	8 1/2	4	108 b ₂
Brieg-Reiße	5 1/2	4 1/2	—
Cöln-Minden	8 1/2	4	134 1/2 b ₂
Cöln-Oderberg (Wilsb.)	7	5	—
do. Stamm-Pr.	7	5	—
do. do.	7	5	—
Ebnwigs-Verba	10 1/2	4	163 B
Magdeburg-Halberstadt	10 1/2	4	120 b ₂ u B
Magdeburg-Leipzig	10 1/2	4	188 B
Meißen-Ebnwigschafen	9 1/2	4	135-35 1/2 b ₂
Medienburger	3 1/2	4	—
Nieder-Schles. Märk.	4	4	84 1/2 B
Nieder-Schles. Zweigbahn	4	4	92 B
Ober-Schles. Litt. A. u. C.	13 1/2	3 1/2	174 1/2 b ₂
do. Litt. B.	13 1/2	3 1/2	157 1/2 b ₂

Pr. Eisenbahn-Ges. v. 1845	5	60 1/2	110 1/2 b ₂
Reichsbahn	7 1/2	4	116 b ₂
do. St.-Prior.	7 1/2	4	—
Rhein-Kahebahn	5	5	25 1/2 b ₂
Russ. Eisenbahn	5	5	89 1/2 b ₂
Stargard-Posen	4 1/2	4 1/2	92 B
Schles. Bahnen	5	5	92-99 1/2 b ₂
Thüringer	8 1/2	4	133 b ₂ u B
Prioritäts-Obliigationen.			
Kursk-Charlow	5	83 1/2	b ₂ u B
Kursk-Kiew	5	83 1/2	et b ₂
Bank- und Industriepapiere.			
Dividenda pro 1869.			
Berlin. Cassen-Bank	11 1/2	4	180 B
Berliner Handels-Ges.	10	4	132 B
Danzig Priv.-Bank	6 1/2	4	104 B
Disc.-Comm.-Bank	9 1/2	4	142 1/2 et b ₂
Gothaer Credit-Pr. Bdr.	—	5	97 b ₂
Königsberg Priv.-Bank	5 1/2	4	109 B
Magdeburg "	5 1/2	4	99 B
Deisterich. Credit "	16 1/2	5	137 1/2-36 1/2 b ₂
Posen Provinzialbank	6. 13	4	102 b ₂ u B
Preuss. Bank-Anstalt	9 1/2	4 1/2	153 B
do. Boden-Cred.-Actien	7	4	108 1/2 b ₂
do. Boden-Cred.-Pr. Bdr.	—	5	100 B
Pomm. Hypothekenbriefe	—	5	91 1/2 b ₂ u B
Pomm. H. Privatbank	5 1/2	4	92 1/2 b ₂

Dtsch. Bund.-Anl.	5	96	b ₂ u B
Freiw. Anl.	4 1/2	98 1/2	b ₂
Staatsanl. 1859	5	99 1/2	b ₂
do. consol. Br.	4 1/2	99 1/2	b ₂
do. 54. 55	4 1/2	90 1/2	b ₂
do. 1859	4 1/2	90 1/2	b ₂
do. 1856	4 1/2	90 1/2	b ₂
do. 1857	4 1/2	90 1/2	b ₂
do. 50/52	4	81	b ₂
do. 1853	4	81	b ₂
Staats-Schulds.	3 1/2	80	b ₂
Staats-Pr.-Anl.	3 1/2	118 1/2	b ₂
Berl. Stadt-Obli.	5	99 1/2	b ₂
do. do.	4 1/2	92	b ₂ u B
Kurs u. Pr.-Pr. Bdr.	3 1/2	74	B
do. neue	4	80 1/2	et b ₂ u B
Berliner Anleihe	4 1/2	89	B
Dtsch. Pr. Bdr.	3 1/2	77 1/2	B
do. "	4	82 1/2	b ₂
do. "	5	95 1/2	b ₂
Pommersche "	3 1/2	71 1/2	b ₂
do. "	4	82 1/2	b ₂
Westpr. ritterfch.	3 1/2	72 1/2	B
do. do.	4	78 1/2	b ₂
do. do.	4 1/2	86	B
do. II. Serie	5	96	B
do. neue	4	78 1/2	B
do. do.	4 1/2	86	B

Pommersche "	4	87	B
Polenische "	4	84 1/2	b ₂
Preussische "	4	86 1/2	b ₂
Danz. Stadt-Anleihe	5	96	B
Ausländische Fonds.			
Deutsche 35 H.-Loose	—	33	b ₂
Braunsch. H.-L.	—	16 1/2	B
Hamb. Pr.-Anl. 1866	3	43 1/2	B
Schwedische Loose	—	—	—
Deherr. 1854r Loose	4	71 1/2	b ₂ u B
do. Creditloose	—	89 1/2-90-89 1/2	b ₂
do. 1860r Loose	5	76 1/2-75 1/2	b ₂
do. 1864r Loose	—	62 1/2	b ₂ u B
Rumänier	3	90 1/2	b ₂
Russ. Eisenb.-Obli.	7 1/2	58-57-57 1/2	b ₂
Russ.-engl. Anl.	5	84 1/2	B
do. do. 1862	5	84 1/2	B
do. engl. St. 1864	5	—	—
do. holl. do.	5	—	—
do. engl. Anleihe	3	53 1/2	B
Russ. Pr.-Anl. 1864r	5	115 1/2	b ₂
do. do. 1866r	5	112 1/2	b ₂
do. 5. Anl. Stiegl.	5	67 1/2	et b ₂
do. 6. do.	5	79 1/2	B
Russ.-Poln. Sch.-D.	4	67 1/2	B
Poln. Pr. Bdr. III. Em.	4	69 1/2	B
do. Pr. Bdr. Liquid.	4	56 1/2	b ₂

Amsterd. r. d. 300 fl.	4	86 1/2	B
Amsterd. r. d. 1862	4	95 1/2	b ₂ u B
Schiffel-Cours vom 3. Decbr.			
Amsterdam kurz	4	143 1/2	b ₂
do. 2 Mon.	4	142 1/2	b ₂
Hamburg kurz	3 1/2	151 1/2	b ₂
do. 2 Mon.	3 1/2	150 1/2	b ₂
London 3 Mon.	2 1/2	6 33 1/2	b ₂
Belg. Plätze 10 L.	3 1/2	81 1/2	b ₂
Wien Deherr. B. 3 L.	6	82	b ₂
do. do. 2 Mon.	5	81	b ₂
Augsburg 2 Mon.	6	56 22	B
Frankfurt a. M. 3 Mon.	4	86 26	b ₂
Leipzig 8 Tage	6	99 1/2	b ₂
do. 2 Mon.	6	—	—
Petersburg 3 Mon.	6	86	b ₂
do. 3 Mon.	6	85	b ₂
Warschau 8 Tage	7	78	b ₂
Bremen 8 Tage	4	110 1/2	b ₂
Gold- und Papiergeld.			
Fr. S. m. R. 99 1/2	6 1/2	111 1/2	b ₂
do. ohne R. 99 1/2	6 1/2	111 1/2	b ₂
Deherr. Wm. 82 1/2	6 1/2	625	b ₂
Poln. Wm.	—	10 10	B
Russ. do. 75 1/2	6 1/2	467 1/2	b ₂
Dollars 1 12	6 1/2	26 1/2	b ₂

Redaction, Druck u. Verlag von H. B. Rafemann
in Danzig.